

No. 477 4. September 2008

1. Menschenrechte: Der Komplott gegen die Justiz in Kolumbien und der Internationale Strafgerichtshof
2. Chronologie: 15. – 31. August 2008

Verfasser:

Observatorio de derechos humanos y derecho humanitario de la
Coordinación Colombia-Europa-Estados Unidos
Av. Carrera 22 No. 37-54, Park Way, Bogotá
Tel. 00571 288 71 87
e-mail: coeuropa@etb.net.co
Internet: www.ddhhcolombia.org.co

Übersetzung ins Deutsche und Versand in Europa:

Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, Postfach 7004, CH-6000 Luzern 7 / Schweiz
e-mail: fachstelle.luzern@askonline.ch Internet: www.askonline.ch

1. Menschenrechte: Der Komplott gegen die Justiz in Kolumbien und der Internationale Strafgerichtshof

Die Versuche von Präsident Uribe, die Strafuntersuchungen des Obersten Gerichtshofes gegen führende Politiker der paramilitärischen Strategie, welche sich mittels bewaffnetem Druck in den Kongress wählen liessen, zu stoppen, ziehen immer weitere Kreise. Die Angriffe von Präsident Uribe gegen den Obersten Gerichtshof und die Richterequipe, welche die Strafuntersuchungen gegen die Politiker führt, werden immer häufiger und immer verletzender. Sie sind für eine demokratische Gesellschaft völlig inakzeptabel.

Jedes Mal, wenn die Entscheide der Richter die politischen Verbündeten des Präsidenten treffen, dies aufgrund ihrer Verbindungen mit den kriminellen Aktivitäten der Paramilitärs, äussert sich Präsident Uribe vor den Medien und greift die Richter an. Er stellt ihre persönliche Integrität in Frage und macht tendenziöse Anschuldigungen, um so die Legitimität der Justiz in Frage zu stellen, die kriminellen Aktivitäten von Kongressabgeordneten und hohen Regierungsmitgliedern zu untersuchen.

Diese Anstrengungen des Präsidenten zur Behinderung der Arbeit der Justizbehörden, um die Wahrheit bezüglich der „Parapolitik“ ans Licht zu bringen und diejenigen zu bestrafen, welche die paramilitärische Gewalt dazu benutzten, um in den Regionen die politische Macht für sich zu erobern oder in den Kongress gewählt zu werden, haben zu allen möglichen Formen von Angriffen auf die Richter geführt. So haben die Richter des Obersten Gerichtshofes folgende Angriffe und Verfolgungen angeklagt: Von Überwachungen durch den Sicherheitsdienst DAS, welcher direkt dem Präsidenten unterstellt ist, und Telefonüberwachung bis zu Verschwörungen mittels inhaftierter Paramilitärs, um die Richterequipe, wel-

che für die Strafuntersuchungen wegen der „Parapolitik“ zuständig ist, in ihrem Ansehen zu schädigen. In diese Verschwörungen sollen nahe Verwandte des Präsidenten und die Paramilitärs José Orlando Moncada, alias *Tasmania*, und Juan Carlos „el Tuso“ Sierra, an die USA ausgelieferter paramilitärischer Chef und früherer Geschäftspartner von Mario Uribe verwickelt sein. Mario Uribe ist der Cousin des Präsidenten und Direktor einer der wichtigsten Regierungsparteien. Gegen ihn läuft ein Strafverfahren der Staatsanwaltschaft.¹

Die verbalen Angriffe von Präsident Uribe gegen den Obersten Gerichtshof gingen soweit, dass er diesen beschuldigte „in die Falle des dahinsiechenden Terrorismus zu fallen“² und „eine selektive Justiz auszuüben“. Dies war die Reaktion des Präsidenten auf das Urteil des Obersten Gerichtshofes, die Kongressabgeordnete Yidis Medina schuldig zu sprechen. Das Gericht sprach auch einige Minister schuldig, welche Kongressabgeordneten Pfründe angeboten hatten, damit sie der Verfassungsänderung zustimmten, welche die unmittelbare Wiederwahl des Präsidenten ermöglichte.

Am 26. Juni 2008 hinterfragte Uribe die Urteile des Obersten Gerichtshofes, in denen dieser von der Staatsanwaltschaft die Aufnahme von Strafuntersuchungen gegen die Minister forderte, welche Kongressabgeordneten Ämter und Pfründe angeboten hatten, um die Verfassungsänderung zu ermöglichen, welche die unmittelbare Wiederwahl des Präsidenten zulässt. Uribe drohte mit der Lancierung eines Referendums, um so seine Popularität gegen den Gerichtsentscheid auszuspielen. Auf diese Weise wollte er in autoritärer Form seine Probleme mit der Justiz über einen Urnengang lösen. Dies hätte bedeutet, dass die Mehrheiten von der Regierung aufgerufen worden wären, sich gegen die Richter zu stellen.

Die Angriffe auf die Legitimität des Obersten Gerichtshofes haben bisher nicht verhindern können, dass dieser seine Strafermittlungen gegen jene weiterführt, welche die paramilitärische Gewalt benutzten, um so zu hohen politischen Ämtern zu kommen. Im Kontext dieser Angriffe gegen die Unabhängigkeit der Justiz meinte der Präsident des Obersten Gerichtshofes, es gebe „eine Strategie zur Infragestellung“ der Entscheide des Obersten Gerichtshofes.³

Kürzlich hat der Präsident des Obersten Gerichtshofes, Francisco Ricaurte, nachdem er mutig einer Verleumdungskampagne der Regierung Stand gehalten hatte, öffentlich gesagt, der Oberste Gerichtshof werde sich nicht einschüchtern lassen „durch jene, welche ihn zum Schweigen bringen möchten, damit die Straflosigkeit weiter anhält“.⁴ Weiter meinte Ricaurte, die Aggressionen von Präsident Uribe seien zu „einer Bedrohung der Unabhängigkeit der Justiz“ geworden, da der Oberste Gerichtshof öffentlich angegriffen werde und die Richter als „Rechtsbeuger und Umstürzler“ bezeichnet und bezichtigt werden, „ideologisch verblendet zu sein und unsere richterlichen Entscheide mit den ‚wundersamen Fischzügen‘⁵ verglichen, und wir als ‚Ehrerbieter des Terrorismus‘ und unsere Handlungen als ein ‚Ausgeschlagen des dahinsiechenden Terrorismus‘ bezeichnet werden“.

¹ http://www.eltiempo.com/colombia/justicia/2008-08-01/fiscalia-cierra-caso-contra-magistrado-ivan-velasquez-por-senalamientos-de-tasmania_4421055-1

² *Comunicado del Presidente de la República, 26 de junio de 2008.*

³ *no está sugiriendo un tribunal para tumbar a la Corte Suprema, dice Uribe.* El Tiempo, 23 de abril de 2008.

⁴ *4 Presidente Uribe "amenaza la independencia judicial" con sus críticas, asegura Corte Suprema.* En: http://www.eltiempo.com/colombia/justicia/2008-09-04/presidente-uribe-amenaza-la-independencia-judicial-con-sus-criticas-asegura-corte-suprema_4501215-1

⁵ Gemeint sind die „pescas milagrosas“, welche die Guerilla in früheren Jahren durchgeführt hatte, wobei Massentführungen zur Finanzbeschaffung verübt wurden.

Wie weit die Verzweiflung der Regierung über die Untersuchungen des Obersten Gerichtshofes gegen die mit dem Paramilitarismus verbündeten Politiker geht, zeigt die Tatsache, dass sich der engste Kreis des Präsidenten mehrmals heimlich mit dem Anwalt eines an die USA ausgelieferten Narcoparamilitärs (Diego Fernando Murillo, alias *Don Berna*) und einem aktiven Mitglied einer kriminellen Vereinigung von Auftragskillern und Drogenhändlern – dem sogenannten *Büro von Evigado*, das heute im Dienste des meistgesuchten Drogenbosses steht – getroffen hat. An diesen geheimen Treffen nahmen der Rechts- und der Pressesekretär von Präsident Uribe und eine Funktionärin des Sicherheitsdienstes DAS teil. Ziel der Treffen war es, Beweise von den ausgelieferten Paramilitärs zu bekommen, durch welche Richter des Obersten Gerichtshofes belastet und ihren Ruf geschädigt werden sollte. Ein ausgemachter Komplott hoher Regierungsfunktionäre mit Vertretern des Paramilitarismus, um den Obersten Gerichtshof zu zwingen, die Ermittlungen über Verbindungen zwischen den Politikern und den paramilitärischen Strukturen einzustellen und so mittels einer kriminellen Operation die Straflosigkeit dieser Verbrechen zu garantieren.

Die Angriffe auf die Justiz sind in Kolumbien keine isolierten Ereignisse, sondern Teil einer systematischen und geplanten Strategie, welche von der Regierung selber geleitet wird und zum Ziel hat, die Justiz in ihrem Handeln einzuschränken und zu verhindern, dass die Wahrheit über die Zusammenarbeit eines wichtigen Teils der politischen Führungsklasse Kolumbiens mit den kriminellen Organisationen des Narcoparamilitarismus ans Licht kommt. Es ist eine Strategie, welche nicht nur die Straflosigkeit der Verbrechen garantieren soll, sondern auch verhindern soll, dass die strafrechtlichen Ermittlungen zu einer Säuberung des politischen Lebens und zu einer Erstarbung der Demokratie und der politischen Repräsentation im Dienste der BürgerInnen führen kann. In diesem Kontext ist es verständlich, dass nicht nur die Instanzen der Justiz, sondern auch die Opferorganisationen begonnen haben, die vom Internationalen Strafgerichtshof vorgesehenen Massnahmen zur Bekämpfung der Straflosigkeit einzufordern.

Aufgrund der von der Regierung angeordneten Auslieferung der paramilitärischen Chefs an die USA, werden sie jetzt nur wegen Drogendelikten angeklagt. Ihnen allen werden Verbrechen gegen die Menschlichkeit zur Last gelegt. Damit werden nicht nur die weiteren Ermittlungen der kolumbianischen Justiz verhindert, sondern auch das Recht von Hunderttausenden von Opfern der Paramilitärs auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung. In dieser Situation wird die Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofes immer deutlicher. Der Präsident des Obersten Gerichtshofes, Francisco Ricaurte meinte kürzlich, der Oberste Gerichtshof werde an den Internationalen Strafgerichtshof gelangen, um „einen Komplott zwischen den Regierungsfunktionären und Paramilitärs“ gegen den Obersten Gerichtshof anzuklagen.⁶

Gleichzeitig hat die Regierung zwei Verfassungsreformen präsentiert, welche Veränderungen in der Justiz und der politischen Repräsentation zum Ziel haben. Damit will die Regierung die nationale Debatte über eine Säuberung des politischen Lebens verhindern und die Übernahme des Staates mittels krimineller Methoden durch einen bedeutenden Sektor der politischen Führung des Landes legitimieren.

Die Justizreform zielt auf die Begünstigung einer grossen Zahl der Kongressabgeordneten ab, gegen die Strafermittlungen laufen oder die bereits inhaftiert sind: Das Ermittlungsver-

⁶ *Uribe distrae la atención en el momento más crítico de su presidencia.*

En: http://www.cambio.com.co/portadacambio/791/ARTICULO-WEB-NOTA_INTERIOR_CAMBIO-4470439.html

fahren soll geändert und eine zweite Instanz eingeführt werden, dies zum potentiellen Vorteil für die angeschuldigten oder inhaftierten Politiker. Die politische Reform sucht die illegale Besetzung des Kongresses durch Parlamentarier zu legitimieren, welche dank dem bewaffneten Druck der Paramilitärs in den Kongress kamen. So sollen Parteien oder Bewegungen, welche dank dieser kriminellen Praktiken einen Sitz im Kongress erreichten, durch den Sitzverlust („silla vacía“) bestraft werden, doch erst ab 2010. So ändert die Regierung und der aktuelle Kongress Verfassung und Gesetz erneut zu ihren Gunsten und will Reformen durchführen, welche Straflosigkeit garantieren und ihre durch illegale Mittel erreichten Privilegien legitimieren. Von einem geheimen Komplott gegen die Justiz geht man so vor den Augen der ganzen Nation zu einem offenen Komplott gegen die Demokratie über.

All dies wurde bekannt, als sich Ende August der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofes, Luis Moreno Ocampo, zum zweiten Mal in Kolumbien aufhielt. Verschiedene Menschenrechts- und Opferorganisationen erbat die Hilfe von Moreno Ocampo, um diese Winkelzüge zur Garantierung der Straflosigkeit für die höchsten politischen Repräsentanten des Paramilitarismus im Kongress und in anderen staatlichen Institutionen zu verhindern. Sie forderten den Internationalen Strafgerichtshof auf, die Arbeit des Obersten Gerichtshofes zu unterstützen, in dem er einen emblematischen Fall übernimmt. So soll jenen gezeigt werden, welche die Justiz beschränken und die Verbrechen gegen die Menschlichkeit straf-frei ausgehen lassen wollen, dass sie so eher früher als später vom Internationalen Strafgerichtshof belangt werden könnten.

Wie immer, wenn die Regierungsmassnahmen zugunsten der Straflosigkeit hinterfragt werden, meinte auch diesmal Präsident Uribe, dass die Forderung nach Respektierung der Gewaltentrennung und der Unabhängigkeit der Justiz, nichts anderes als ein Angriff auf die Politik der „Demokratischen Sicherheit“ sei. Uribe meinte gegenüber dem Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofes, dass die Regierung nichts zu verbergen habe und „all dies einer simplen Verschwörung gegen die Politik der Demokratischen Sicherheit“ folge.

2. Chronologie: 15. – 31. August 2008

16. August

Mehr als 50 Arbeiter, welche beim Verlad von Kohle für die Firma Carbosán Ltda. arbeiten, wurden entlassen, weil sie eine Gewerkschaft gegründet hatten. Die Arbeiter hatten sich entschlossen zu organisieren, um so ihre prekären Arbeitsbedingungen zu verbessern. Diese Kohlearbeiter arbeiten 12 Stunden aneinander, dies während sieben Tag und während weiteren sieben Nachtschichten. So arbeiten sie während 21 Tagen im Monat. In den sieben Ruhetagen erhalten sie keinen Lohn. Das Recht auf gewerkschaftliche Organisation ist in Kolumbien nicht garantiert und die Behörden verweigern die Einschreibung neuer Gewerkschaften. Gewerkschaftsführer haben mehrfach gesagt, dass „es in Kolumbien leichter ist, eine Guerilla als eine Gewerkschaft zu gründen“.

<http://www.eltiempo.com/colombia/caribe/2008-08-16/despeditos-por-crear-un-sindicato-mas-de-50-trabajadores-asegura-vocero-de-los-afectados-4451527-1>

19. August

Senator Mario Uribe, Cousin des Präsidenten Uribe und Chef der wichtigsten Regierungspartei, war inhaftiert worden wegen seiner Allianzen mit den Paramilitärs, welche ihm erlaubten, grosse Ländereien in verschiedenen Departements zu erstehen und Wahlunterstützung zu erhalten. Jetzt wurde er von der Staatsanwaltschaft freigelassen, doch der Prozess gegen ihn wird weiter geführt. Die Staatsanwaltschaft scheint über den Vizestaatsanwalt Guillermo Mendoza einen Prozess eingeleitet zu haben, um mehrere politische Führungsleu-

te wieder freizulassen, welche aufgrund ihrer Verbindungen zum Paramilitarismus und auf Anordnung des Obersten Gerichtshof inhaftiert worden waren. Mit diesen Freilassungen wird die Straflosigkeit ihrer Verbrechen begünstigt. Staatsanwalt Ramiro Marín, welcher für den Fall des Senators Uribe zuständig war und unterstrich, dass es genügend Beweise für die Verhaftung und Inhaftierung von Mario Uribe gibt, sah sich zum Rücktritt gezwungen.

http://www.semana.com/wf_InfoArticulo.aspx?IdArt=114998

23. August

Die Medien veröffentlichen Beweise, dass der paramilitärische Chef Antonio López, alias *Job*, und der Anwalt des paramilitärischen Chefs alias *Don Berna* sich mehrmals heimlich mit dem Rechtssekretär des Präsidenten, Edmundo del Castillo, und dem Pressechef des Präsidenten, César Mauricio Velásquez, sowie einem Funktionär des Sicherheitsdienstes DAS getroffen haben um einen Komplott zur Schädigung des Ansehens des Obersten Gerichtshofes zu schmieden. Der Oberste Gerichtshof hatte Strafuntersuchungen gegen zahlreiche Kongressabgeordnete und politische Führungsleute – die Mehrheit von ihnen aus dem Lager von Präsident Uribe – wegen ihrer Verbindungen zu paramilitärischen Verbänden aufgenommen. Der Präsident des Obersten Gerichtshofes, Francisco Ricaurte, meinte, dass der Oberste Gerichtshof an den Internationalen Strafgerichtshof gelangen werde, um eine Anklage wegen “eines Komplottes zwischen Regierungsfunktionären und Paramilitärs” einzureichen.

http://www.semana.com/wf_InfoArticulo.aspx?idArt=114756

25. August

Der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofes, Luis Moreno Ocampo, ermahnte anlässlich seines zweiten Besuches in Kolumbien die Regierung, dass bei einer fehlenden Zusammenarbeit mit der Justiz und wenn sie die Straflosigkeit der von den Paramilitärs verübten Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht verhindere und auch keinen Willen zeige oder nicht in der Lage ist, diese Straffreiheit zu verhindern, sich der Internationale Strafgerichtshof mit diesen Verbrechen gegen die Menschlichkeit befassen werde. Die Opfer- und Menschenrechtsorganisationen forderten den Chefankläger auf, der Internationale Strafgerichtshof solle wenigstens einen exemplarischen Fall übernehmen, um so seine Unterstützung des Obersten Gerichtshofes auszudrücken. Der Oberste Gerichtshof wird in seinem Kampf gegen die Straflosigkeit durch Angriffe des Präsidenten und durch die Auslieferung von paramilitärischen Chefs in die USA behindert.

http://www.cambio.com.co/portadacambio/791/ARTICULO-WEB-NOTA_INTERIOR_CAMBIO-4470440.html

Präsident Uribe greift vor den Medien die Opposition, den Obersten Gerichtshof (er beschuldigt diesen, einen “Handel mit Zeugen” bei den Strafuntersuchungen gegen mit den Paramilitärs alliierte Politiker zu betreiben), gegen die oppositionelle liberale Partei (diese beschuldigte er, sowohl für die Ausweitung der Paramilitärs wie der Guerilla verantwortlich zu sein, da die liberalen Regierungen diese nicht verfolgt hätten), gegen den Ex-Präsidenten César Gaviria (diesen beschuldigte er, sich mit den “Pepes” verbündet zu haben, um so Pablo Escobar zu verfolgen und zugelassen zu haben, dass die Verfassung von 1991 die Auslieferung verboten hatte) und gegen die Senatoren Gustavo Petro und Juan Fernando Cristo. Ebenso griff er den Richter Iván Velásquez an, den Koordinator der Strafuntersuchungsequipe, welche die Fälle der Verbindungen von Kongressabgeordneten mit den Paramilitärs untersucht. Den Richter beschuldigte Uribe, “sich mit Zeugen zu betrinken”, wobei er auf einen Besuch dieses Richters in Yopal anspielte, bei dem dieser sich mit einer Zeugin in einem Restaurant getroffen hatte. Uribe ermahnte den bekannten spanischen Richter Baltasar Garzón und den Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofes, Luis Moreno Ocampo, die Regierung hätte nichts zu verbergen und dass dies alles “auf einer simplen Verschwörung gegen die Politik der demokratischen

Sicherheit" beruhe. Ocampo hatte kürzlich Präsident Uribe einen Brief zukommen lassen, in dem er ihn davor gewarnt hatte, die Täter von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und deren politische Verbündeten straffrei ausgehen zu lassen.

http://www.eltiempo.com/colombia/politica/2008-08-26/se-distancian-aun-mas-uribe-y-corte-suprema-tras-conocerse-visita-del-para-job-a-la-casa-de-narino_4466747-1

26. August

Der Gewerkschaftsführer der Erdölarbeitergewerkschaft USO, Elixander Blanco Rodriguez, wurde an seinem Arbeitsplatz und im Beisein seiner Arbeitskollegen in Cantagallo (Dep. Bolivar) ermordet. Damit steigt die Zahl der in diesen acht Monaten des Jahres 2008 ermordeten Gewerkschafter auf 41, dies sind bereits zwei ermordete Gewerkschafter mehr, als während des Jahres 2007. Trotz dieser Verbrechen hofft die Regierung, das bilaterale Freihandelsabkommen mit den USA und das Handelsabkommen mit der Europäischen Union und anderen Ländern möglichst bald abschliessen zu können.

<http://www.usofrenteobrero.org/>

General Marco Antonio Pedreros, Kommandant der 6. Regionaleinheit der Polizei und verantwortlich für die Sicherheit in Cordoba, Urabá und dem Chocó und damit beauftragt, die paramilitärischen Strukturen von alias *Don Mario* zu bekämpfen, reichte seinen Rücktritt ein. Die Medien hatten Telefongespräche veröffentlicht, in denen die Verbindungen von General Pedreros zu einem Sicherheitsunternehmer im Dienste von alias Don Mario deutlich geworden waren.

<http://www.elespectador.com/noticias/judicial/articulo-naranjo-acepto-renuncia-del-general-pedreros>

30. August

Das Fehlen von Umweltvorschriften für die multinationalen Bergbauunternehmen führt zu einer Umweltragödie und kann jeden Moment die Bevölkerung im Norden Kolumbiens einem enormen Risiko aussetzen. 96 Fässer à je 50 kg mit Zyanid, mehr als 1'300 Liter eines Herbizids und 1'500 Liter Zinksulfat fielen aufgrund eines Unfalls in den Magdalena-Fluss. Es wurde versucht, die Fässer mit Zyanid wieder zu bergen, doch wurden mehrere Fässer von der Strömung weggetragen. Die Zyanidfässer gehörten Goldschürferfirmen von Santa Rosa im Dep. Bolivar. Diese profitieren von den fehlenden Umweltvorschriften und auch von der territorialen Kontrolle durch die Paramilitärs.

<http://www.ecoportal.net/content/view/full/80965>

31. August

Die Explosion einer Autobombe zerstört einen Grossteil des Justizpalastes der Stadt Cali und fordert vier Tote und zahlreiche Verletzte. Die Regierung machte die FARC für den Anschlag verantwortlich.

http://www.semana.com/wf_InfoArticulo.aspx?idArt=115075